

# Pressestelle des Senats

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen  
der vergangenen Woche

Nr. 17

vom 25. April 2008

Redaktion: Katja Richardt

## Bundesrat

Bundesrat: Hamburg für einen besseren Schutz von Immobilienkrediten.....2

## Schule

Landesinstitut feiert 5-Jähriges Bestehen mit „kritischen Freunden“ .....7

## Gesundheit

Die Trendwende ist geschafft: Hamburger Jugendliche greifen seltener zu  
Suchtmitteln .....9

## Bau und Verkehr

U4 – Bund fördert mit weiteren 2,1 Mio. Euro ..... 14

Tariftreue: EU-Urteil hat Konsequenzen für Hamburg ..... 15

## Zur Information

Terminkalender ..... 16

24. April 2008/lv24

## **Bundesrat: Hamburg für einen besseren Schutz von Immobilienkrediten**

**In seiner 843. Sitzung am morgigen Freitag, 25. April 2008, ab 9.30 Uhr, Freitag: Bundesrat berät den Abbau steuerlicher Diskriminierungen bei eingetragenen Lebenspartnerschaften / Freie und Hansestadt unterstützt die Verbesserung der Pflegeversicherung / Das Europäische Recht soll vereinfacht werden**

entscheidet der Bundesrat über eine Gesetzesinitiative, mit der das Grundeigentum von Kreditnehmern besser vor ungerechtfertigten Vollstreckungen geschützt werden soll. Zu den Themen im Bundesrat gehört auch die Gleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Einkommensteuerrecht. Des Weiteren unterstützt die Freie und Hansestadt die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und die Vereinfachung des EU-Rechts. **Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust** leitet am Freitag als amtierender Bundesratspräsident seine 6. Bundesratssitzung. An der Sitzung nehmen auch **Innensenator Udo Nagel** sowie der **Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Reinhard Stuth**, teil.

## **Damit der Hausbau kein finanzielles Drama wird: Bundesrat schützt Kreditnehmer effektiver vor Vollstreckungen**

In der morgigen Bundesratssitzung wird Hamburg eine Gesetzesinitiative unterstützen, mit der Kreditnehmer besser vor ungerechtfertigten Vollstreckungen in ihr Grundeigentum geschützt werden sollen. Hintergrund des Gesetzentwurfs ist die in den letzten Monaten bekannt gewordene Praxis vieler Banken, ihre Immobilienkredite und die dafür bestellten Grundschulden an Finanzinvestoren abzutreten. In Zukunft sollen Banken den Kreditnehmern mitteilen müssen, wenn sie ihre Immobilienkredite verkaufen. Zudem sollen diese nur kündbar sein, wenn der Kreditnehmer mit mindestens einem Viertel der in einem Jahr geschuldeten Leistung im Verzug ist. Im Falle einer Vollstreckung soll der neue Gläubiger maximal auf den tatsächlich offenen Kreditbetrag zugreifen dürfen.

Während Banken mit den Kreditverkäufen frisches Geld für Neukredite einnehmen, verfolgen Finanzinvestoren vor allem eine schnelle Verwertung der Sicherheiten. So nutzen sie ihr außerordentliches Kündigungsrecht oft sofort, wenn der Kreditnehmer eine fällige Rate nicht leistet. Sehr schnell droht die Vollstreckung, an deren Ende viele private Immobilienfinanzierer nicht nur ihr Haus oder ihre Eigentumswohnung verlieren, sondern auch mit einem Schuldenberg dastehen.

**Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Reinhard Stuth:** „Mit dem Kauf einer Immobilie sorgen viele Menschen sinnvoll für ihr Alter vor oder erfüllen sich einen Lebenstraum. Eine Immobilienfinanzierung darf nicht zur Gefahr für die finanzielle Existenz werden. Hier müssen wir gegensteuern. Mit dem Kreditnehmerschutzgesetz legen die Länder ein ausgewogenes Werk vor, das Kreditnehmer schützt und zugleich den Finanzplatz Deutschland attraktiv hält.“

## **Bundesrat berät über die Gleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Einkommensteuerrecht**

Mit dem seit 2001 geltenden Lebenspartnerschaftsgesetz werden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften rechtlich anerkannt und in vielen Rechtsgebieten der Ehe gleichgestellt. Hierzu gehören beispielsweise das Erbrecht, das Güterrecht und das Sozialrecht. Im Einkommensteuerrecht wurden bislang keine Folgeregelungen für eingetragene Lebenspartnerschaften getroffen, so dass zum Beispiel der Splittingtarif, also der Tarif, der auf das gemeinsame Einkommen von Ehepartnern angewendet wird, nicht gewährt wird.

Hamburg unterstützt einen Entschließungsantrag Bremens, mit dem eine Gleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Einkommensteuerrecht erreicht werden soll. Der Antrag wird zunächst noch in die Ausschüsse überwiesen.

**Staatsrat Reinhard Stuth, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund:** „Es gibt keine sachlichen Gründe für die unterschiedliche Behandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft im Einkommenssteuerrecht. Der Abbau der steuerlichen Diskriminierungen ist daher überfällig. Hamburg wird sich auch zukünftig für den Abbau von Ungleichbehandlungen gegenüber eingetragenen Lebenspartnerschaften einsetzen.“

## **Hamburg unterstützt die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung: „Die Lebenssituation für Millionen von Pflegebedürftigen wird verbessert“**

Hamburg unterstützt die verbesserten Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige im „Pflege-Weiterentwicklungsgesetz“. Damit soll es zum 1. Juli 2008 auch für die pflegebedürftigen Menschen in Hamburg, ihre Angehörigen und für die Pflegekräfte der Einrichtungen und Dienste wesentliche Verbesserungen geben. Kernpunkte der Reform sind:

- die Stärkung der häuslichen Pflege,
- die Anpassung der seit der Einführung der Pflegeversicherung unverändert gebliebenen Leistungen schrittweise bis 2012,
- eine bessere Berücksichtigung Demenzkranker,
- die Verbesserung der Qualität der pflegerischen Versorgung (unter anderem durch häufigere unangemeldete Qualitätskontrollen in sozialen Einrichtungen) sowie
- die Einführung einer Pflegezeit für pflegende Angehörige bis zu sechs Monaten.

Die Reform bringt eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0,25 Prozentpunkte von derzeit 1,7 auf künftig 1,95 Prozent mit sich.

Durch die Einrichtung von „Pflegestützpunkten“ vor Ort können jetzt die Beratung und die Koordination der Hilfen intensiviert und damit die Angehörigen bei der Organisation der Pflege wirksamer unterstützt werden. Das in Hamburg bereits bestehende Angebot der Bezirkslichen Seniorenberatung und des Hamburger Pflegetelefons bietet hierfür eine sehr gute Basis, die durch das nun vorgesehene Fallmanagement der Pflegekassen in einem Pflegestützpunkt noch wirksamer werden kann und den Betroffenen lange Wege erspart.

Die schrittweise Erhöhung der Pflegeversicherungsleistungen für die häusliche Pflege unterstützt die Pflegebedürftigen in ihrem Wunsch, so lange wie möglich selbstständig in der gewohnten Umgebung zu bleiben. Auch die Tagespflege, die mit gezielter Förderung der Sozialbehörde in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut wurde, kann durch neue Kombinationsmöglichkeiten zwischen häuslicher Pflege und Tagespflege noch einfacher in Anspruch genommen werden. Die fachliche und menschliche Qualität der Pflege wird auch in Hamburg davon profitieren, dass der Medizinische Dienst der Krankenversicherung bis Ende 2010 alle rund 500 ambulanten Dienste und Pflegeheime prüfen wird und die Ergebnisse der Prüfung von den Pflegekassen verständlich aufbereitet und veröffentlicht werden.

**Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Reinhard Stuth:** „Hamburg unterstützt die Optimierung der Pflegeversicherung. Mit dem neuen Gesetz wird die Lebenssituation für Millionen von Pflegebedürftigen, für die

Angehörigen und nicht zuletzt für die Pflegekräfte verbessert. Die geplanten Änderungen richten die Pflegeversicherung besser auf die Bedürfnisse und Wünsche der Pflegebedürftigen und auch ihrer Angehörigen aus.“

## **Hamburg für die Vereinfachung des EU-Rechts: „Wir brauchen klare, unkomplizierte und für alle nachvollziehbare Regelungen!“**

Hamburg unterstützt im Bundesrat das Anliegen der Länder, die rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union zügig zu vereinfachen und zu verbessern. Die EU-Kommission hat in diesem Zusammenhang Vorschläge gemacht, wie die bestehenden Rechtsvorschriften modernisiert und vereinfacht, Verwaltungslasten verringert und Rechtsverfahren noch effizienter gestaltet werden können. Ein Schwerpunkt ist dabei etwa die Zusammenfassung verschiedener Regelungen in eine einzige, um einheitliche, klare Vorschriften zu erreichen. Auch sollen Vorschriften vereinfacht sowie Verfahren gestrafft und beschleunigt werden. Dies wird beispielsweise für den Zahlungsverkehr innerhalb der EU zur Folge haben, dass Überweisungen von einem Mitgliedstaat in einen anderen genauso leicht, billig und sicher vorgenommen werden können wie innerhalb eines Mitgliedstaates. Die Kommission will das EU-Recht auch auf die Pflicht zur Erhebung und Meldung von Daten durchforsten und auf das unbedingt notwendige Maß beschränken. Außerdem will die EU-Kommission die Folgen, die sich aus neuen Rechtsvorschriften für Politik, Verwaltung und die Bürger in den Mitgliedsstaaten ergeben, noch besser und intensiver kontrollieren. Das erklärte Ziel: Qualitativ hochwertige und aussagekräftige Folgeabschätzungen sollen im politischen Prozess bei der Entstehung von Beschlüssen noch stärker als bisher eine Rolle spielen.

Die vorgeschlagenen Verbesserungen kommen insbesondere den Bundesländern zugute, da sie einen erheblichen Anteil der Umsetzung von Rechtsvorschriften und damit der Verwaltungslasten und Kosten tragen. Bisher sind konkrete Erfolge oder spürbare Entlastungen jedoch kaum bei den Bürgern und Unternehmen der EU angekommen. Die Vorschläge der Kommission werden aber als ein weiterer Schritt von vielen weiteren, notwendigen Schritten auf dem Weg zum Ziel betrachtet.

### **Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, Staatsrat Reinhard Stuth:**

„Die Europäische Union bringt den Menschen tagtäglich große Vorteile. Sie ist aber oft schlecht gemacht, weil zu bürokratisch. Die Vereinfachung des europäischen Regelwerks und die Entlastung von unnötigem administrativem Aufwand müssen daher höchste Priorität in Brüssel haben. Die Verbesserung des EU-Rechts und die Straffung der Verfahren in

Europa sind unverzichtbar, damit die Vorteile eines geeinten Europas, in dem überall die gleichen verständlichen Regeln gelten, für alle Bürger und Unternehmen spürbar und erfahrbar werden. Gerade eine weltoffene Wirtschaftsmetropole wie Hamburg kann von klaren, einfachen und für alle nachvollziehbaren Regelungen nur profitieren. Daher unterstützen wir nachdrücklich die Bestrebungen, das geltende EU-Recht zu vereinfachen und zum Beispiel die veralteten Informationspflichten aus den 1960er Jahren für den Transport von Gütern über die nationalen Grenzen ersatzlos zu streichen.“

**Für Rückfragen:**

**Marco Haase**

**Inneres, Presse und Öffentlichkeitsarbeit**

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund**

**Tel. 0 30 – 2 06 46-110**

**[www.landesvertretung.hamburg.de](http://www.landesvertretung.hamburg.de)**

23. April 2008/bbs23

SCHULE

## **Landesinstitut feiert 5-Jähriges Bestehen mit „kritischen Freunden“**

**Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung feiert am Freitag, dem 25. April 2008, seinen 5. Geburtstag im Rahmen eines „Forums mit kritischen Freunden“. „Unserem Selbstverständnis entsprechend wollen wir mit Bildungsexperten aus Hamburg und dem Bundesgebiet, Freunden und Kritikern, Ratgebern und Ratsuchenden den bisher zurückgelegten Weg und neue Perspektiven der Weiterentwicklung reflektieren“, so Landesschulrat Peter Daschner, Direktor des Landesinstituts. Das Forum beginnt um 15 Uhr in der Aula, Felix-Dahn-Straße 3.**

Eine zentrale Seminarevaluation mit über 5000 Teilnehmenden in 300 Veranstaltungen aus dem November 2007 hatte zwar Zufriedenheitswerte von durchschnittlich 89 Prozent ergeben. „Wir wollen aber stets besser werden und von der Kritik und den Anregungen unserer Kunden zu deren Nutzen lernen“, so Daschner. Am Forum teilnehmen werden u. a. Norbert Rosenboom (Amtsleiter Bildung der Behörde für Bildung und Sport), Staatsrat a. D. Wolfgang Prill (Grone Schulen), Prof. Dr. Rainer Peek (Uni Köln), Prof. Dr. Josef Keuffer (Uni Bielefeld), Prof. Dr. Klaus Sengstock (Uni Hamburg), Dr. Dirk Bange (BSG) sowie zahlreiche Kooperationspartner aus den Hochschulen, Kammern, Stiftungen sowie Schulleitungen, Lehrkräfte und Kollegen der Behörden. In fünf parallel stattfindenden Diskussionsforen werden die Themen „Entwicklung der Lehrerbildung in Hamburg“, „Schulgenaue Unterstützung durch Fortbildung und Beratung“, „Welche Taten folgen den Daten?“, „Friedliche und gesunde Schule gestalten – aber wie?“ sowie „Qualitätsmanagement in der Lehrerbildung“ diskutiert. In einer anschließenden Fishbowl-Debatte werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der aktuellen bildungspolitischen Herausforderungen zum Stichwort „Das Landesinstitut in 2015“ unter Einbeziehung der Gäste erörtert.

Mit der Gründung des Landesinstituts (LI) am 23.4.2003 wurden sieben zuvor eigenständige Dienststellen unter einem Dach zusammengefasst und zusätzlich die Abteilung Qualitätsentwicklung und Standardsicherung u. a. für empirische Untersuchungen zur Lernentwicklung aufgebaut:

- Im LI werden zurzeit ca. 750 Lehramtsreferendare auf den Lehrerberuf vorbereitet, davon ca. 10 Prozent Seiteneinsteiger aus nicht-pädagogischen Studiengängen und EU-Lehrer.
- Im vergangenen Schuljahr führte das LI rund 3.800 Fort- und Weiterbildungsseminare mit ca. 87.000 Lehrkräften, aber auch spezielle Veranstaltungen für rund 4.000 Eltern und ca. 50.000 Schülerinnen und Schüler durch.
- Im Rahmen der Umsetzung der Reform „Selbstverantwortete Schule“ (SvS) wurden in den letzten Monaten alle ca. 1.500 schulischen Führungskräfte zu den Fragen der neuen Führungsaufgaben, des Personalmanagements und der datengestützten Schulentwicklung fortgebildet.
- Zum Landesinstitut gehören auch Dependancen wie die Zooschule im Tierpark Hagenbeck, die Hamburger Lehrerbibliothek, das Lehrerprüfungsamt, das Suchtpräventionszentrum, die Beratungsstelle für Gewaltprävention, das Hamburger Schulmuseum, die Beratungsstelle besondere Begabungen, das Naturwissenschaftlich-technische Zentrum, der Medienverleih, die Beratungsstelle Integration, das Zentrum für Schulbiologie und Umwelterziehung u. v. m..

**Für Rückfragen der Medien:**

Alexander Luckow,  
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Behörde für Bildung und Sport  
Tel.: 040 / 428 63 – 20 03; Fax: - 41 32; [alexander.luckow@bbs.hamburg.de](mailto:alexander.luckow@bbs.hamburg.de)  
Internet: [www.presse.hamburg.de](http://www.presse.hamburg.de) ; [www.bbs.hamburg.de](http://www.bbs.hamburg.de)

22. April 2008/bsg22

## **Die Trendwende ist geschafft: Hamburger Jugendliche greifen seltener zu Suchtmitteln**

**Konzept drogenfreie Kindheit und Jugend wirkt: 14jährige trinken und rauchen weniger - Tendenz bei Mädchen jeden Alters deutlich rückläufig**

**Hamburg hat die Trendwende im Suchtmittelkonsum von Jugendlichen geschafft: Die 14 bis 18jährigen greifen seltener und wenn erst mit höherem Alter zu Alkohol und Zigarette. Der Konsum illegaler Drogen hat sich fast halbiert. Besonders erfreulich ist, dass der Erstkonsum der 14jährigen deutlich rückläufig ist und damit in der Folge auch die Häufigkeit des Konsums in höherem Alter sinkt. Das Konzept „Drogenfreie Kindheit und Jugend“ greift, wie die Studie SCHULBUS 2007 zeigt.**

Nachdem jahrelang Kinder und Jugendliche immer früher und immer mehr Rauschmittel konsumiert haben, hat der Senat mit dem Leitbild und Konzept einer Drogenfreien Kindheit und Jugend eine Trendwende gegen den Suchtmittelkonsum erreicht. Die darin enthaltenen Maßnahmen sowie verstärkte Aktivitäten zur konsequenten Einhaltung bestehender Jugendschutzmassnahmen zahlen sich nach Erkenntnissen der aktuellen Studie SCHULBUS 2007 aus.

Trotz der positiven Trends geben die Ergebnisse jedoch weiterhin keinen Anlass zur Entwarnung oder zum Nachlassen der Anstrengungen: Noch immer ist die Zahl der Jugendlichen in Hamburg, die Erfahrungen mit Rauschmitteln haben, auf einem hohen Niveau. Die Studie zeigt dabei erneut, dass besonders jene Jugendlichen gefährdet sind, deren familiärer Kontext gestört ist.

**Sozial- und Gesundheitsstaatsrat Dietrich Wersich:** „Die Trendwende im Suchtmittelkonsum ist geschafft! Insbesondere bei den 14jährigen zeigt die aktuelle Studie eine erfreuliche positive Entwicklung. Denn gerade der frühe Konsum von Rauschmitteln ist verheerend. Je früher Jugendliche erstmals rauchen, desto größer ist später auch die Zahl ihrer täglich konsumierten Zigaretten. Deshalb muss Prävention so früh wie möglich ansetzen. Wir werden darum Maßnahmen und Programme aufrecht erhalten und fördern, die schon in sehr frühem Alter ansetzen und Jugendliche davon abhalten sollen, überhaupt mit dem Rauchen oder Trinken zu beginnen. Gleichzeitig gilt es auch Familien zu unterstützen. Intakte Familienverhältnisse sind zwar nach wie vor keine Gewähr für eine drogenfreie Kindheit und Jugend, aber sie sind eine der Voraussetzungen, die ein zufriedenes Aufwachsen ohne Suchterfahrung wahrscheinlicher machen.“

Im Rahmen des Konzepts einer Drogenfreien Kindheit und Jugend wurden u.a. Koordinatoren für die Suchtprävention in den Bezirken ernannt, um die gemeinsame Zielsetzung zu unterstützen und den Informationstransfer zwischen Fachstellen, Trägern und Fachkräften zu gewährleisten. Außerdem wurde die Kooperation der Sucht- und der Jugendhilfe verbessert, um dadurch z.B. suchtblastete Familien oder polizeilich erstmals registrierte Cannabiskonsumanten gezielt ansprechen zu können. Ein weiterer wichtiger Baustein war auch die Gründung des **DZSKJ** (Deutsches Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters) am UKE, mit dem die Qualität der Suchtprävention verbessert und an der Praxis orientierte Forschung gewährleistet wird. Das Rauchverbot an Schulen wurde auch auf Jugendeinrichtungen ausgedehnt und Maßnahmen sowie Kampagnen zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes initiiert.

## **Auszüge aus SCHULBUS 2007**

### **ALKOHOL**

Auffallend gegenüber 2005 ist der Konsumunterschied zwischen den Geschlechtern. Mädchen und junge Frauen konsumieren wieder deutlich weniger Alkohol. Während die 30-Tage-Prävalenz bei Jungen auf hohem Niveau von 62% stabil blieb, sank sie bei Mädchen von 65 auf 54%. In der Konsumfrequenz zeigen sich aber bei beiden Geschlechtern rückläufige Trends: Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen tranken demnach zu 42% mehrmals monatlich Alkohol (2005 49%). Positiv ist ebenso, dass insbesondere die 14jährigen deutlich seltener zum Alkohol griffen als in den Vorjahren.

### **TABAK**

Wie beim Alkohol ist auch beim Rauchen der positive Trend insbesondere bei den Mädchen deutlich messbar. 37% der Mädchen gaben an, in den letzten 30 Tagen zur Zigarette gegriffen zu haben (2005: 46%). Bei den Jungen fällt der gemessene Rückgang von 38% gegenüber 39% 2005 weniger deutlich aus.

### **ILLEGALE DROGEN**

Der stärkste Rückgang ist bei Cannabis zu beobachten. Offenbar konnte der Verharmlosung erfolgreich entgegen gewirkt werden. Sowohl bei der Lebenszeit-Prävalenz (Jungen 2005 41%; 2007 33%; Mädchen 2005 37%, 2007 22%) als auch beim aktuellen Konsum von Haschisch und Marihuana sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Bei den Mädchen hat sich die 30-Tage-Prävalenz sogar von 14 auf 7% halbiert (Jungen 2005 20%, 2007 13%). Auch bei der Verbreitung des Kiffens ist vor allem in den jüngeren Altersgruppen ein Rückgang messbar.

### **LEBENSWELT DER KONSUMENTEN**

Die regelmäßigen Konsumenten von Suchtmitteln zeigen sich in nahezu allen Lebensbereichen spürbar unzufriedener. Die größten Differenzen liegen in der familiären Situation und der Gesundheit. Dabei bedingen sich Suchtmittelmissbrauch und Lebensprobleme gegenseitig.

**Staatsrat Wersich** fordert weiterhin Medien, Bevölkerung und Pädagogen auf, den Rauschmittelkonsum bei Kindern und Jugendlichen nicht zu verharmlosen: „Wir wollen unser Ziel einer drogenfreien Kindheit erreichen. Das kann nur gelingen, wenn Prävention von breiter gesellschaftlicher Unterstützung getragen wird und die Vorbildfunktion gelebt wird.“

Auch die Studie 2007 belegt, dass es nicht ausreicht, dass die Jugendlichen gut über die Risiken des Konsums von Suchtmitteln Bescheid wissen. Sie brauchen klare und verbindliche Regeln für ihr eigenes Verhalten. Auch Vorbilder - sowohl bei Erwachsenen, aber auch und gerade im Freundes- und Bekanntenkreis - sind von entscheidender Bedeutung.

Bereits zum dritten Mal hat das Büro für Suchtprävention der Landesstelle für Suchtfragen e.V. im Auftrag der Stadt Hamburg rund 5.500 Hamburger Schülerinnen und Schüler zwischen 14 und 18 Jahren aller Schulformen zum Konsum von Drogen befragt. Die SCHULBUS-Studie stellt die Erfahrungen der Jugendlichen mit Tabak, Alkohol und illegalen Drogen, insbesondere Cannabis, dar und ermöglicht als Datenbasis Rückschlüsse, wie und wo Suchtprävention ansetzen muss.

**Theo Baumgärtner**, Autor der Studie und Leiter des Büros für Suchtprävention: „Die Studie SCHULBUS liefert zum dritten Mal wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der aktuellen Situation des Suchtmittelkonsums von Jugendlichen. Sie gibt uns zudem entscheidende Anhaltspunkte für kommende Aufgaben. Ich danke allen Jugendlichen, die sich beteiligt haben und ebenso den Schulen, die uns die Möglichkeit geben, die Befragung durchzuführen. Die Untersuchung soll auch in Zukunft in ein- bis zweijährigen Abständen wiederholt werden.“

Die SCHULBUS-Studie 2007 steht in Auszügen als Download unter [www.suchthh.de](http://www.suchthh.de) zur Verfügung.

#### **Für Rückfragen der Medien:**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie,<br/>Gesundheit und Verbraucherschutz<br/>Rico Schmidt<br/>Tel.: 42863-34 78,<br/>Fax: 42863-38 49<br/>E-Mail: <a href="mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de">pressestelle@bsg.hamburg.de</a><br/>Im Internet: <a href="http://www.bsg.hamburg.de">www.bsg.hamburg.de</a></p> | <p>Büro für Suchtprävention der Hamburgischen<br/>Landesstelle für Suchtfragen e.V.<br/>Theo Baumgärtner<br/>Tel.: 284 99 18 13-,<br/>Fax: 284 99 18 19<br/>E-Mail: <a href="mailto:baumgaertner@suchthh.de">baumgaertner@suchthh.de</a><br/>Im Internet: <a href="http://www.suchthh.de">www.suchthh.de</a></p> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

**Zusammenfassung zentraler Konsumtrends bei 14- bis 18-Jährigen  
in Hamburg von 2004 bis 2007**

| Sucht-<br>mittel | Konsumaspekt                                                | Ziel-<br>gruppe | Jahr |      |      | Trend |
|------------------|-------------------------------------------------------------|-----------------|------|------|------|-------|
|                  |                                                             |                 | 2004 | 2005 | 2007 |       |
| Alkohol          | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 87   | 82   | 89   | →     |
|                  |                                                             | ♀               | 88   | 87   | 82   | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 65   | 62   | 62   | →     |
|                  |                                                             | ♀               | 63   | 65   | 54   | ↘     |
|                  | <b>Konsumfrequenz</b><br>(mehrmals monatlicher Konsum in %) | ♂               | 54   | 52   | 51   | →     |
|                  |                                                             | ♀               | 43   | 45   | 33   | ↘     |
| Tabak            | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 68   | 69   | 66   | →     |
|                  |                                                             | ♀               | 73   | 76   | 65   | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 42   | 39   | 38   | →     |
|                  |                                                             | ♀               | 47   | 46   | 37   | ↘     |
|                  | <b>Einstiegsalter</b><br>(Durchschnittswert in Jahren)      | ♂               | 12,7 | 12,5 | 13,1 | ↗     |
|                  |                                                             | ♀               | 13,0 | 12,8 | 12,9 | →     |
| Cannabis         | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 46   | 41   | 33   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 35   | 37   | 22   | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 22   | 20   | 13   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 13   | 14   | 7    | ↘     |
|                  | <b>Einstiegsalter</b><br>(Durchschnittswert in Jahren)      | ♂               | 14,4 | 13,9 | 14,5 | ↗     |
|                  |                                                             | ♀               | 14,4 | 14,0 | 14,5 | ↗     |
| andere<br>Drogen | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 14   | 14   | 9    | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 8    | 9    | 6    | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 5    | 6    | 2    | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 3    | 4    | 2    | ↘     |

## Zusammenfassung zentraler Konsumtrends bei 14-Jährigen in Hamburg von 2004 bis 2007

| Sucht-<br>mittel | Konsumaspekt                                                | Ziel-<br>gruppe | Jahr |      |      | Trend |
|------------------|-------------------------------------------------------------|-----------------|------|------|------|-------|
|                  |                                                             |                 | 2004 | 2005 | 2007 |       |
| Alkohol          | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 84   | 69   | 75   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 76   | 84   | 73   | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 45   | 40   | 35   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 47   | 53   | 38   | ↘     |
|                  | <b>Konsumfrequenz</b><br>(mehrmals monatlicher Konsum in %) | ♂               | 34   | 33   | 22   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 26   | 36   | 19   | ↘     |
| Tabak            | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 57   | 57   | 45   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 61   | 71   | 46   | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 26   | 29   | 21   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 34   | 33   | 28   | ↘     |
| Cannabis         | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 26   | 18   | 16   | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 18   | 19   | 4    | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 14   | 12   | 7    | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 5    | 4    | 3    | ↘     |
| andere<br>Drogen | <b>Probierkonsum</b><br>(Lebenszeit-Prävalenz in %)         | ♂               | 9    | 4    | 1    | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 2    | 8    | 1    | ↘     |
|                  | <b>aktueller Konsum</b><br>(30-Tage-Prävalenz in %)         | ♂               | 5    | 2    | 0    | ↘     |
|                  |                                                             | ♀               | 0    | 4    | 1    | ↘     |

23. April 2008/bsu23

## **U4 – Bund fördert mit weiteren 2,1 Mio. Euro**

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat die Förderung für den Bau der U4 nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) um 2,1 Mio. Euro aufgestockt. Damit steigt der Anteil des Bundes an der rund 298 Mio. Euro teuren Maßnahme auf rund 128,2 Mio. Euro.

Senator Axel Gedaschko: „Die Zusage des Bundes bedeutet eine weitere Entlastung für den Hamburger Haushalt. Wir freuen uns über diese Nachricht, weil sie erneut die Wirtschaftlichkeit und den Nutzen der U4 bekräftigt.“

Im Juni 2006 hatte der Bund bereits die Zusage über eine Förderung in Höhe von 113 Mio. Euro in Aussicht gestellt. Dieser Förderbetrag erhöht sich im Oktober 2007 um weitere 13 Mio. Euro.

### **Rückfragen:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle  
Tel.: 42840 – 2051 / 2058 / 3063 / 3249, Fax: 42840 – 3735  
e-mail: [pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de)  
[www.bsu.hamburg.de](http://www.bsu.hamburg.de)

23. April 2008/bsu23

## **Tariftreue: EU-Urteil hat Konsequenzen für Hamburg**

Hamburgische öffentliche Bauaufträge können in Zukunft nicht mehr an die Einhaltung des hamburgischen Tariflohnes geknüpft werden. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 3. April 2008 überraschend entschieden. Er hat die Tariftreuregelung aus dem niedersächsischen Landesvergabegesetz für unvereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht erklärt. Da die hamburgische Tariftreueerklärung mit der niedersächsischen nahezu identisch ist, trifft das Urteil auch die Tariftreuregelung des hamburgischen Vergabegesetzes.

Im April 2004 ist das hamburgische Vergabegesetz mit einer Tariftreueerklärung als Kernbestandteil in Kraft getreten. Die Tariftreueerklärung regelt, dass Bauaufträge der öffentlichen Hand nur an solche Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichten ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das in Hamburg tarifvertraglich vorgesehene Entgelt zu bezahlen. Kurz: Hamburger Lohn auf Hamburger Baustellen. Diese Pflicht galt unabhängig von einer Tarifbindung der jeweiligen Unternehmen. Die Tariftreuepflicht hat gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Wettbewerbsteilnehmer geschaffen und vor Billigangeboten und Lohndumping geschützt. Sozialstandards wurden erhalten und das Sozialsystem geschützt.

Nach Auffassung des EuGH verstößt die Regelung gegen die Dienstleistungsfreiheit aus dem EG-Vertrag sowie gegen die Entsenderichtlinie, die den Rahmen für ausländische Arbeitskräfte in anderen Mitgliedstaaten der EU vorgibt. Nach Ansicht des EuGH, kann gemäß der Entsenderichtlinie nur die Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge im Rahmen von Bauvergabeverfahren europarechtskonform in Deutschland gefordert werden.

Zukünftig wird die öffentliche Hand nur noch fordern können, dass allgemeinverbindliche Tarifverträge eingehalten werden. Dazu gehören auch die sogenannten Mindestlohn-Tarifverträge. Verstöße gegen diese Tarifverträge werden weiterhin sanktioniert, u.a. mit Vertragsstrafen. Die bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eingerichtete Sonderkommission Bau wird auf den öffentlichen Baustellen die Einhaltung dieser Regelung kontrollieren.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle  
Tel.: 42840 – 2051 / 2058 / 3063 / 3249, Fax: 42840 – 3735  
e-mail: [pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de)  
[www.bsu.hamburg.de](http://www.bsu.hamburg.de)

# Pressestelle des Senats

## Terminkalender

Vom 28. April bis 3. Mai 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 28.04.2008

**10:30** Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64  
Staatsrat Reinhard Stuth hält ein Grußwort **beim Symposium „Afrika – Wege aus der Armutsfalle“**, zu dem die Deutsche Welthungerhilfe und das GIGA (German Institute of Global and Area Studies) einladen.

### Dienstag, den 29.04.2008

**15:45** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Straße 3, 20357 Hamburg  
Staatsrat Andreas Ernst hält anlässlich der **Siegerehrung der „HVV Future Tour“** ein Grußwort.

**18:00** Rathaus, Großer Festsaal  
Senator Gunnar Uldall spricht anlässlich des **Mai-Empfangs** zu den Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften sowie den Betriebs- und Personalräten.

**18:00** Hotel InterContinental, Fontenay 10  
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt auf Einladung **des Generalkonsuls der Niederlande, Teunis Halff** teil am Empfang **anlässlich des Geburtstages von Königin Beatrix**.

### Mittwoch, den 30.04.2008

**11:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Staatsrat Andreas Ernst hält anlässlich des **Senatsempfangs der Entsendung der Hamburger Teilnehmer zu den Olympischen Spielen** ein Grußwort.

**17:00** Rathaus, Großer Festsaal  
Senator Udo Nagel spricht anlässlich der **Einbürgerungsfeier** im Hamburger Rathaus.

### Freitag, den 02.05.2008

**19:30** Berlin, Haus der Berliner Festspiele  
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck besucht die **Aufführung „Der Sturm“** anlässlich der **Eröffnung des Berliner Theatertreffens**.

**20:00** Color Line Arena, Sylvesterallee 10, 22525 Hamburg  
Staatsrat Andreas Ernst hält anlässlich des **Senatsempfangs des „Top Four“ Basketball-Pokalfinales** ein Grußwort.

**Samstag, den 03.05.2008**

- 14:00** Derby-Platz Klein Flottbek, Baron-Voght-Straße, 22607 Hamburg  
Staatsrat Andreas Ernst nimmt an der **Siegerehrung des Deutschen Spring- und Dressurderby 2008** teil.
- 18:00** Rathaus  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält anlässlich des **50jährigen Jubiläums der Stiftung zur Förderung des Thalia Theaters** ein Grußwort.
- 20:00** Thalia Theater, Alstertor  
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck besuchen die **Premiere „Onkel Wanja“**.